

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 121 (1995)

Heft: 13

Artikel: Jetzt kommt die Quotenregelung

Autor: Raschle, Iwan / Senn, Martin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-600916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

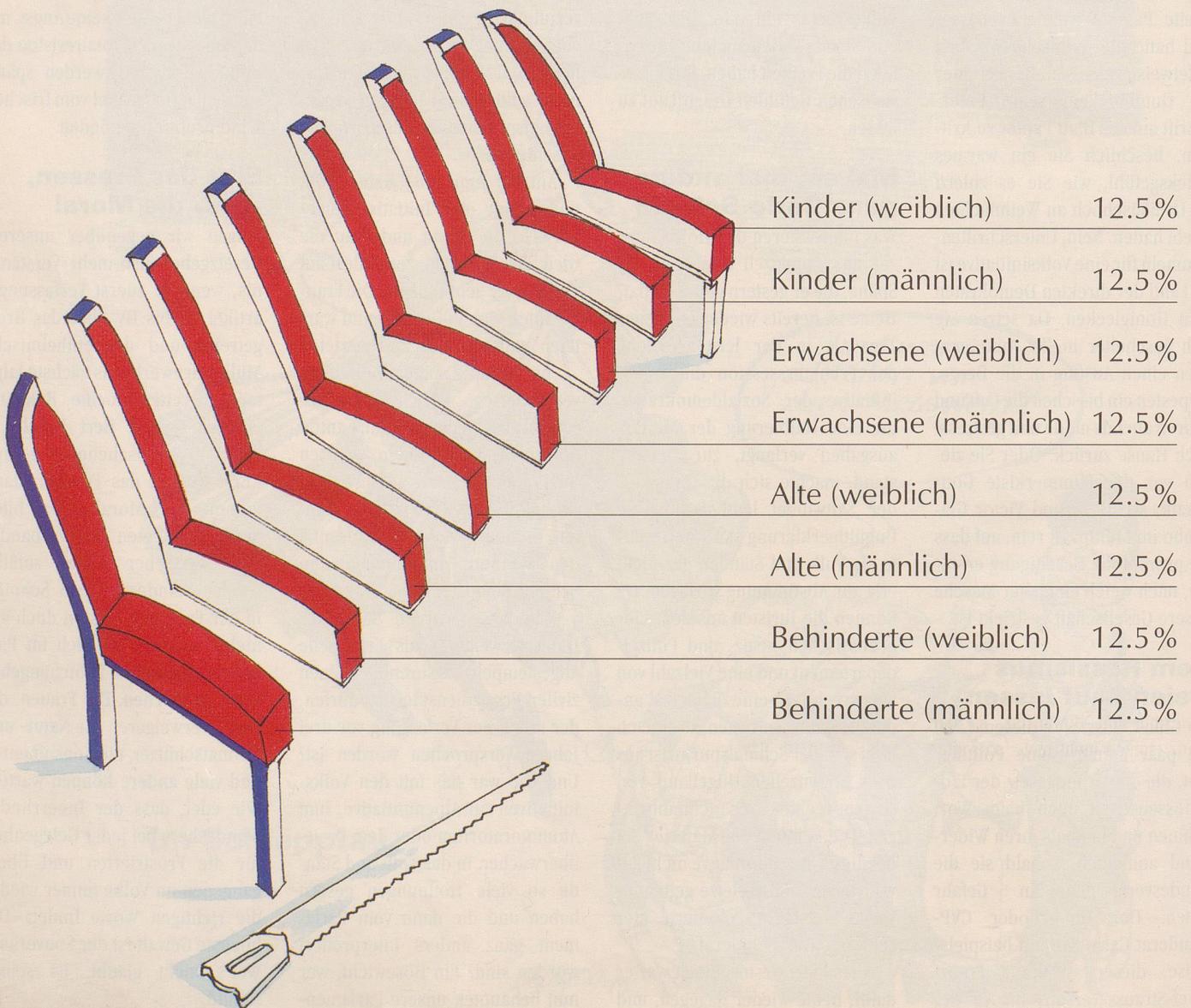
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JETZT KOMMT DIE QUOTEN REGELUNG



von Iwan Raschle (Text) und
Martin Senn (Illustrationen)

Wir kennen die Klagen, die ewig gleiche Kritik an den Regierenden, die Unzufriedenheit all jener, die nicht am längeren Hebel sitzen, und wir alle wollen, dass sich das rasch möglichst ändert. Die Unrechitigkeit muss ein Ende haben. Wir können doch nicht dauernd über political correctness diskutieren, dem Chef das Begrabschen seiner Sekretärin verbieten, am Stammisch die sexistischen Witze unterdrücken und unsere Frauen vor der täglichen Züchtigung bewahren, ohne dass sich wirklich etwas ändert in dieser Gesellschaft. Taten sind gefragt, nicht Worte! Jetzt gilt es umzusetzen, was wir auf dem Papier so schön skizziert haben. Und gelobt, im Parlament zum Beispiel, ohne wirklich etwas zu unternehmen freilich. Nun aber werden uns Ideen zur Rettung der Schweiz abverlangt, und zwar ganz mutige, ansonsten dieser Staat in Bälde an innerer Zerrissenheit zugrunde gehen wird! Jetzt, kurz vor den Wahlen müssen die Karten endlich auf den Tisch gelegt und die Forderungen gestellt werden. Die Mächtigen sollen ihre Koffer packen und den Regierungspalast jenen überlassen, die in den letzten hundert Jahren nichts zu sagen hatten. Das Parlament muss total ausgewechselt werden, neu und politisch korrekt zusammengesetzt. Das wird im Herbst für Spannung sorgen, wenn es um die Besetzung der eidgenössischen Ratsessel geht, nur das aber kann uns letztlich vor einem Volksaufstand bewahren. Es darf ganz einfach nicht mehr so weitergehen. Wir müssen umkehren. Auch die Schwachen haben es verdient, auf eidgenössischer Ebene mitzudiskutieren!

Wehe, wenn Sie dereinst erwachen und sich auflehnen sollten! Erinnerungen werden wach. Vor dem inneren Auge gehen Frauen auf die Strasse, im Ohr erschallen Millionen von

Trillerpfeifen, Sonnenbroschen blenden uns mit ihrem gleissenden Licht, über alledem schwebt der grosse Buchstabe der Emanzipation: das Phallus-I, und die hehre Schweizerflagge wird zum violetten Banner einer jahrhundertlang unterdrückten Minderheit. Kein schöner Traum. Deshalb gilt es, dieser Ausfälligkeit zuvorzukommen. Lieber gestern als morgen, denn Vorbeugen ist besser

sogar im Bundesrat, wo sie nicht viel mehr tun als ihre männlichen Kollegen, immerhin aber eine Minderheit sind. Und folgedessen unsere Sympathie geniessen. Meistens wenigstens.

Quotenregelung heisst das Stichwort, wir kennen es bereits aus der Frauenbewegung. Quoten müssen festgelegt und, noch besser, in der Verfassung verankert werden, auf

Frauen) vertreten sein, und auch im Nationalrat sei ein Frauenanteil von 50 (oder mehr) Prozent anzustreben.

Das stellen sich die Frauen unter Quotenregelung vor, so werden die politischen Mandate aber unmöglich aufgeteilt werden können. Weil es noch andere Minderheiten gibt in diesem Land, die in den letzten siebenhun-



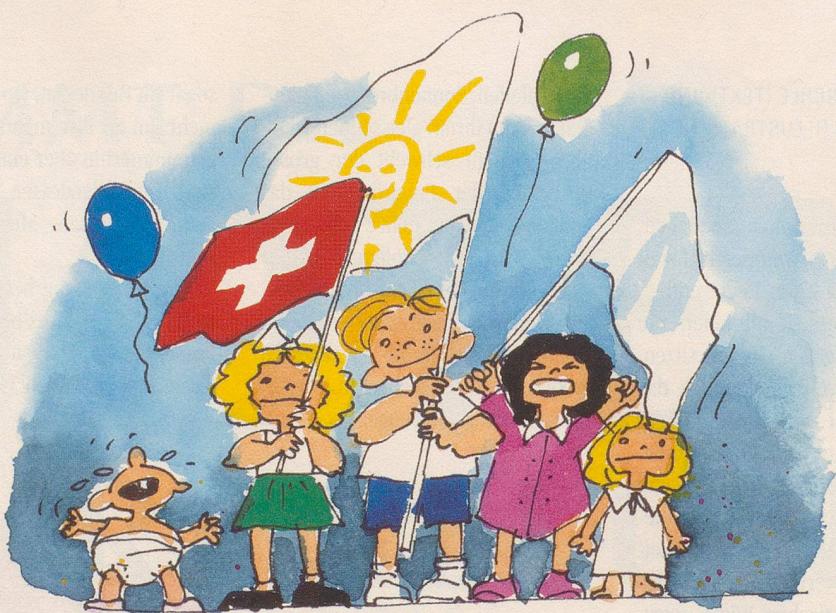
als Beugen. Nicht kuscheln sollten wir, sondern in Würde einen Teil der auf uns lastenden Verantwortung abtreten. Die Randständigen sind in die Regierungsverantwortung einzubinden. Und in die Parlamentsarbeit. Nicht bloss die Frauen allerdings, denn die haben sich in den letzten Jahren zu wehren gelernt. Und sie sitzen ja bereits in den politischen Gremien, ja

dass die Mächtigen nicht unter sich ausmachen, wer morgen das Sagen haben wird in diesem Land. Mindestens drei Frauen, so glauben die engagierten Frauenbewegten, müssten im Bundesrat Helvetias Töchter vertreten, auf dass sich in diesem Land alles zum Guten wende, im Ständerat sollte jeder Kanton zwingend von einer Frau und einem Mann (oder von zwei

dert und vier Jahren zu kurz gekommen sind. Die Ausländerinnen und Ausländer beispielsweise. Wer setzt sich denn schon wirklich für ihre Interessen ein? Etwa die Sozialdemokraten, deren führende Parlamentarier, kaum sitzen sie in einer Regierung, ihren früheren Forderungen diametral entgegengesetzte Positionen vertreten – in Sachen →

→ Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht etwa?

Ebenfalls im Parlament einsitzen sollten die Kinder. Weil sich keiner der Herren Abgeordneten und die wenigsten Politikerinnen für sie ins Zeug legen, sonst wäre die Kinderrechtskonvention längst ratifiziert worden, läge der Misshandlungsbericht nicht seit Jahren in einer Schublade des Departements unserer einzigen Bundesrätin, existierte die im Gesetz längst verankerte Mutterschaftsversicherung schon seit langem und wäre die Stelle für Kinder- und Jugendfragen zusammen mit der Fachstelle für Gleichstellungsfragen bewilligt worden. All dies ist nicht geschehen, weshalb sich der Schluss aufdrängt, dass sich die in Bern politisierende Elite einen Deut kümmert um die Anliegen der Kinder und Jugendlichen. Auch hier also drängt sich eine Quotenregelung auf, ja die Wahl von jungen und ganz jungen Menschen in die obersten politischen Gremien ist sogar noch wichtiger als die Frauenförderung!



Gewiss: Frauen und Kinder sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aber die Quoten sind abzuändern: 33:33:34, könnte das Verhältnis von Männern, Frauen und Jungen beispielsweise lauten, wobei die Fraktion der Jungen etwas grösser sein müsste, weil ihre Interessen bislang nicht ver-

treten wurden. Ebenfalls möglich, ja sogar gerechter, wäre das Verhältnis 25:25:25:25, das heisst: 50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer und davon je 50 Prozent Kinder oder Jugendliche.

Eine schöne Quotenregelung wäre das, nicht? Zumindest für die Jungen und Mittelalterlichen. Nicht ganz zufrieden sein dürften mit dieser Aufteilung die Seniorinnen und Senioren, denn auch sie fühlen sich untervertreten. Obwohl in Bern recht viele alte oder alt wirkende Menschen am Hebel der Macht sitzen, sind die den Lebensabend geniessenden Schweizerinnen und Schweizer davon überzeugt, nicht wirklich vertreten zu werden in der Regierung und im Parlament. Auch sie fordern Quoten. Womit das eben aufgestellte Berrechnungsmodell angepasst werden muss. Zum Beispiel so: 16,66:16,66:16;66:16,66:16,66:16,66, das heisst: Den Machtgruppen «Jung», «Mittelalter» und «Alt» werden je 33 Prozent der Stimmen zugeteilt, wobei diese wiederum zu je 50 Prozent an weibliche und männliche Abgeordnete gehen.

Ganz schön anstrengend, diese Rechnerei, nicht?! Aber jetzt haben wir es geschafft. Dieses Modell wird sich bewähren. Denken Sie! Aber Sie täuschen sich, denn

der Ausgegrenzten sind noch mehr! Wir müssen weitere Quoten festlegen, damit es nicht zum Aufstand der Unterdrückten kommt. Der Behinderten zum Beispiel, der körperlich und/oder geistig Herausforderungen, wie das politisch korrekt so schön heisst. Wie die Frauen, Jungen und Alten sind auch sie Opfer der politischen Ignoranz und wollen sich nun endlich selbst einbringen in den politischen Betrieb. Damit die Schweiz endlich rollstuhlgängig, durchgehend blindenbeschriftet und untertitelt wird, damit geistig behinderte Menschen nicht mehr eingekerkert und von den «Normalen» ferngehalten werden. Und, das vor allem, damit körperliches Gebrechen nicht mehr länger mit sozialer Randständigkeit, mit Armut also, verbunden ist.

Obwohl in der Schweiz nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung als Invalide (mit einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 100 Prozent) registriert sind, ist im Berrechnungsmodell für die parlamentarische Vertretung der körperlich oder geistig Herausforderungen von fünf Prozent der Gesamtbevölkerung auszugehen. Grund: Die Invalidenkasse zierte sich bekanntlich immer wieder,



Invalidität anzuerkennen. Und: die zu weniger als 40 Prozent Invaliden (beispielsweise Opfer von Schleudertrauma, Stresskrankheiten, Depressionen, von noch nicht oder nur halbwegs anerkannten Krankheiten also) wollen ebenfalls ihre Interessen anmelden.

Zählen wir zu den behinderten Menschen die Arbeitslosen und ausgesteuerten Erwerbslosen (laut Angaben des Bundesamtes für Statistik sind das insgesamt rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung) sowie die übrigen Fürsorgefälle (rund 5 Prozent), sind in der vierten parlamentarischen Fraktion immerhin rund 15 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer vertreten. Das sind, verglichen mit dem wirklichen Anteil der Alten (rund 15 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen sind 65 bis 80 und mehr Jahre alt) ebensoviel in Bern bislang nicht vertretene Bürgerinnen und Bürger!

Angesichts dieser Zahlen wird klar, dass die Quoten nochmals anzupassen sind. Zum Beispiel so: Die Jungen, Mittelalterlichen, Alten und Behinderten teilen die politischen Mandate in folgendem Verhältnis unter sich auf: 12,5:12,5:12,5:12,5:12,5:12,5:12,5. Das heisst: Jede Gruppe erhält 25 Prozent aller Sitze, wobei

diese wiederum je zur Hälfte an Frauen und Männer gehen.

Nun haben wir's – immer noch nicht geschafft. Noch nicht berücksichtigt sind die Ausländerinnen und Ausländer. Auch die haben ein Recht, in Bern vertreten zu sein, stellen sie doch satte 18 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner. Somit müssten die

Mandate im Verhältnis 10:10:10 – und so weiter – untereinander verteilt werden, wobei diese Zehntel wiederum zur Hälfte – na ja, nun werden Sie's wohl begriffen haben. Und Sie werden sich gewiss auch ausmalen können, dass auch diese Quotenrechnung alles andere ist als gerecht und richtig. Denn da wären ja noch die Homosexuellen, die Abstinenter, die Raucherinnen und Nichtraucher, die Autofahrer und andere Süchtige, die Linkshänder, die alleinerziehenden Manager, die Vegetarier, Velofahrer, Snowboarder und so weiter – bis zum vollständigen Chaos.

Stellen Sie sich vor, Leserinnen und Leser, wie die im Herbst aufliegenden Wahllisten ausschauen werden, wenn wir ein politisch wirklich korrektes Parlament bestellen wollen. Und wie heillos das Durcheinander wird, wenn die Sitze erst noch auf die Parteien verteilt werden (auch unter Jungen, Alten etc. gibt es schliesslich Linke, Nette und Andersgewickelte)!

Vielelleicht sollten wir uns doch eher um die politischen Inhalte kümmern, denken Sie nun angesichts des drohenden Wirrwarrs. Geht aber nicht, sagen wir. Wenn schon Quoten, dann für alle. Jetzt sind Rechner gefragt. Knallharte. □

